Einzelpreis 10 Pfg.

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in dem ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Abend-Ausgabe

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 75 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Jahrgang 2 | Mittwoch, den 26. Februar 1919 | Nummer 103

Kurt Eisners letzte Fahrt.

Kurt Eisners Bestattung.

Privattelegramm der „Freiheit".

München, 26. Februar.

Heute am frühen Morgen bewegten sich zum [illegible] nach dem Osten Münchens ungeheure Menschenmassen. Auf der Theresienwiese versammelten sich die Massen mit ihren Kränzen und zogen von dort in feierlichem Zuge nach der Halle des Ostfriedhofes.

In der Nähe des Friedhofes hatten sich die Menschen angesammelt, so daß man kaum mehr Zutritt nach dem Friedhof hatte. Der Friedhof war ringsum abgesperrt, nur die Delegationen fanden Eingang in die Einsegnungshalle, in der auch die Leidtragenden und Anverwandten Kurt Eisners dem geliebten Toten die letzte Ehre erweisen wollten.

Die Halle, ein hoher Kuppelraum, wie das römische Pantheon, gab im Dämmerlichte des frühen Morgens mit den Kränzen ein feierliches Bild. Die roten Schleifen leuchteten und die weißen Blumen sprachen Frieden. Matrosen trugen den schwarzumflorten Sarg Kurt Eisners in die Halle und rote Fahnen senkten sich über ihn. Es kamen Deputationen auf Deputationen mit ihren Kränzen, die sie hocherhoben durch das Portal der Halle trugen und um den Sarg herum niederlegten. Währenddessen spielte man das A-Moll-Präludium von Bach, Händels Arie aus dem Elias wurde gesungen.

Dann trat Gustav Landauer vor den Sarg und hielt seine Gedächtnisrede an den Freund und Führer Kurt Eisner. Er wendet sich an die Anverwandten, Freunde und im Leid geeinten Genossen.

Landauer begann mit Goethes Wort, von den Wenigen, die man von jeher gekreuzigt und verbrannt hat. Daran schloß er die Worte des 18jährigen Eisners „Aus dem Martyrium":

> Das ist der Jammer dieser Welt,
> Daß all die Dummheit der Millionen
> Den Wenigen, die der Geist erhellt,
> Den Weisen wird zur Dornenkrone.

Landauer erinnerte dann an Jesus und an Johann Huß, und sagte, daß Eisner einer derer ist, den die Dumpfheit und der Eigennutz der Menschen hingerichtet hat. Er war ein Streiter bis zuletzt. Er war ein ernster, spröder, strenger Mann.

Er kannte keine andere Glückseligkeit als die der anderen Menschen. Er war nicht schuldig, er wußte nur von der Freude in der Gemeinschaft. Er hat immer nur dem Gedanken gelebt, daß der wahrhaft lebt, der in den andern Menschen lebt. Er wollte Gemeinschaft mit den andern. „Mord oder Qual, das ist die Wahl." Er hat gewählt, er ist für das Proletariat in dies Qualenleben gegangen. Er hat jede Gewalttat abgelehnt, und darum hat er den Mord gefunden. Hingebung hat ihm ein Leben lang begleitet. Landauer schilderte, wie schon der junge Eisner keine Furcht vor dem Tode gehabt habe.

> Mensch, stirb im Leben ab,
> Bevor du weiterschreitest,
> Damit du in dein Grab
> Wie in dein Bette gleitest.

Hätten doch die Menschen die Milde, Kindlichkeit, die Sehnsucht, froh sein zu können, bei Kurt Eisner gesehen. Ein Erlebnis der letzten Tage schilderte Landauer. Ein Mann aus einer Deputation schluchzte die Worte, er möchte sich selbst hinlegen und sterben, wenn er nur Kurt Eisner zum Leben wiedererwecken könnte.

Wenn doch die Menschen im Leben so für einander tot sein könnten! nur erst, wenn einer tot ist, erkennen sie ihn. Kurt Eisner war ein lebendig Toter, weil er ein in Ewigkeit Lebendiger gewesen ist.

Sein Weg war genau so wie der Weg der Menschheit, ein Leidensweg. Er war ein Redner, weil er ein Schweigender war. Wer ihn je gehört hat, weiß, daß er jeden seiner Sätze aus dem Schweigen heraushalte. Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet.

Er war ein Prophet auch in dem Sinne, daß er die Zukunft voraussah. Er hat das Entsetzliche der kommenden Zeit gefühlt. Aber wir müssen hoffen. Am Rande des Abgrunds werden die Menschen endlich zur Vernunft, zur Tat des Guten kommen.

Jetzt rüstet das Münchener Proletariat Kurt Eisners letzte Fahrt. Die Arbeit ruht, die roten Fahnen, schwarz umrändert, sind auf Halbmast gesetzt, die Glocken läuten und das Volk, sein Volk, das er so sehr geliebt, folgt in unabsehbaren Massen dem Sarg. Und im Geiste folgt diesem Grabe zur Stunde das ganze deutsche Proletariat und mit ihm trauert die Internationale, die mit wiederaufgerichtet zu haben Kurt Eisners stolze Genugtuung sein durfte.

Einen Fremdling, einen Zugewanderten, einen Juden haben sie ihn gescholten; gehöhnt, daß er ohne Stütze und Halt im Volke sei, ein frecher Usurpator der Macht. Nicht erst die grandiose Trauerkundgebung hat uns belehrt, daß es Verleumdung war.

Eisner hatte die Liebe des Volkes, weil es fühlte, daß dieser Mann vor vielen anderen eines besaß, das Wichtigste und Größte: den Charakter.

Selbstlos war Eisner und das Seltene war ihm gegeben, daß, wo es sich um die großen Dinge der Menschheit handelte, er die eigene Person ganz vergaß, daß alles Kleine, Eitle, Vergängliche völlig zurücktrat in der Hingabe an das Allgemeine, an die großen Menschheitsprobleme, an das, was den wenigen wirklich großen Menschen das Leben allein lebenswert macht. Das haben die Massen mit untrüglichem Instinkt herausgefühlt, deshalb haben sie ihm vertraut und ihn geliebt.

Wahrhaftig war Eisner. Leidenschaftlich hat er die Lüge gehaßt und den falschen Schein. Deshalb war er der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Vortäuschung einer Scheinkultur, die das Privileg einer schmalen Schicht ist, ihres blendenden Luxus, der auf der Massenarmut beruht, ihrer Freiheit, die sich auf die ökonomische Knechtung gründet. Weil sein Charakter keine Lüge ertragen konnte, war er geborener Revolutionär und die Revolution wurde ihm Bedingung des Weiterlebens, als das Grauen des Krieges die entsetzliche Verlogenheit kapitalistischer Zivilisation enthüllte.

Das haben die Massen gefühlt, deshalb haben sie ihm vertraut und ihn geliebt.

Deshalb aber haben ihn auch alle gehaßt, mit wütendem Haß, mit verbissenem Ingrimm, die die Lüge brauchten, die Beherrscher der kapitalistischen Welt, wie die Feigen, die mit ihr ihr Kompromiß geschlossen haben. Sie haben ihn gehaßt, die Gemeinen den Edlen. Und dieser Gemeinen gab es nur allzu viele in diesem Deutschland, in dem der wirtschaftliche Aufschwung vor dem Kriege das Sinnen und Trachten aller Schichten nur dem Gelderwerb zuwandte, in dem verlogene Erziehung, verlogene Politik, feige Rechnungsträgerei und Streberturn und zuletzt der verrohende Krieg das Volk korrumpierte, die Bourgeoisie feige und unterwürfig, die Intelligenz dumm und charakterlos, breite Schichten der Arbeiterschaft ideallos und nur auf materielle Errungenschaften bedacht gemacht hat.

In dieser Unwelt richtete sich Kurt Eisner zur Höhe auf. Ein Erzieher des Volkes zur Charakterfestigkeit, zur Wahrheit und Hingebung an das Ideal wollte er sein.

Kurt Eisner konnte dieser Erzieher werden, weil dieser Charakter ausgestattet war mit allen Gaben eines reichen Geistes. Erfüllt von allen Schätzen, die unsere reiche deutsche Kultur zu vergeben hat, gründlicher Kenner alles dessen, was fremde Geistesarbeit uns geschenkt hat, mit schöpferischer Phantasie begabt, war kein Gebiet menschlichen Schaffens diesem Geiste fremd. Mit Eisner, dem gründlichen Kant-Kenner über philosophische Probleme zu diskutieren war hoher Genuß; seine Urteile über Literatur, Musik und Kunst hätten bei jedem andern Volk als bei dem deutschen, das seine Besten ächtete, wenn sie Sozialdemokraten waren, ihm eine erste Stellung unter den produktiven Kritikern eingeräumt. Und auf dem Gebiete der Politik, der Geschichte, der Oekonomie hat dieser Mann umfassende Kenntnisse besessen, die die Voraussetzung politischen Wirkens, das mehr als bloßes Handwerk und Routine ist, bilden.

So kam Eisner, von Wilhelm Liebknecht gerufen, zu uns. Er ging zum „Vorwärts" und gab dem Blatte Glanz und Farbe. Denn ein funkelnder Stil ergänzte die reichen Gaben. Vieles von dem, was Eisner geschrieben, ist heute lebendig, wie am ersten Tag und wird fortleben. Und neben den politischen Artikeln schrieb er jene satirischen Feuilletons, die so lange eine Freude aller Leser waren.

Dann kam der schmerzliche Konflikt und wir sind es dem großen Manne schuldig, in aller Offenheit darüber ein paar Worte zu sagen. In dem Streit zwischen Revisionismus und Marxismus nahm Eisner, dieses revolutionäre Temperament, in wichtigen Fragen Stellung für die Revisionisten. Heute, nach vierzehn Jahren, können wir seine Motive besser begreifen und vieles verstehen, was uns damals unverständlich blieb. Eisner, der stürmische Dränger, litt schwer unter der vollständigen Einflußlosigkeit der Demokratie, besonders der Arbeiterdemokratie auf das öffentliche Leben. Er glaubte auch zu erkennen — und darin hat er kaum geirrt —, daß der damalige Radikalismus der Partei nicht tief ging, daß er zwar theoretisch konsequent war, aber praktisch versagte, weil die Tatbereitschaft fehlte. Auch wir fühlten das und versuchten, durch schärfere Bekämpfung des Opportunismus, durch Propaganda des Massenstreikgedankens, die Arbeiterklasse vorwärts führen zu können. Eisner war skeptisch und glaubte an die Möglichkeit, im Bunde mit der bürgerlichen Demokratie das autokratische System erschüttern zu können, glaubte wenigstens, daß auch dies ein Weg sei, der nicht verbaut werden sollte durch radikale Beschlüsse, die doch nur Resolutionen blieben, aber die bürgerliche Welt erschreckten.

Und darin, in der Ueberschätzung der deutschen bürgerlichen Demokratie lag wohl Eisners Irrtum, den er später deutlich und schmerzlich eingesehen hat.

So aber kam es damals zu dem Konflikt zwischen den Marxisten und dem Manne, der uns selbst damals in seiner revolutionären Grundstimmung, in seinem stürmischen Drang nach vorwärts doch viel näher stand als seine Bundesgenossen und auch manche der unseren.

Schmerzlich war der Konflikt und schmerzlich seine Folgen. Eisner ging nach München; aber dort fand dieser führende Geist nicht das Betätigungsfeld, dessen er bedurfte. Schwer hat er damals gelitten, schwer die Partei, die seiner bedurft hätte.

Dann kam der Krieg, die Niederlage und Eisners historische Stunde schlug. Der Krieg war eine unerbittliche Probe. Die Feigen und Rechnungsträger, die Unwahrhaftigen und Halben hat er geschieden von den Mutigen und Wahrhaftigen. Für Eisner gab es kein Schwanken. Er bekämpfte den Krieg, er ging ins Gefängnis und kam heraus, um die Revolution zu organisieren. Denn dieser große Schriftsteller war auch ein leidenschaftlicher Mann der Tat. Er stellte sich entschlossen an die Spitze und in der Nacht zum 8. November kam endlich die Erfüllung. Eisner erzählt:

> „Zwei Tage vor der Revolution, als die Massen aus einer Wahlversammlung in München nächtlich auf die Theresienwiese geströmt waren und diese tausend Ungeduldigen nach einer Tat verlangten und darauf drängten, noch in jener Nacht nach München zu ziehen und dort die Revolution zu entfesseln, rief ich ihnen zu: Ich verbürge meinen Kopf, daß in achtundvierzig Stunden München aufsteht. Dieses Versprechen habe ich auf die Stunde genau eingelöst, mit der Uhr in der Hand beinahe. Wenn man am selben Vormittag, an dem nur ein paar Arbeiter und Soldaten ins Vertrauen gezogen waren, wenn ich den Leuten da gesagt hätte, daß in wenigen Stunden die achthundertjährige Wittelsbacher Herrschaft für immer erledigt sei, daß eine bayerische Republik ausgerufen werde — sie hätten mich sofort ins Irrenhaus sperren lassen."

YY1071

Statt ins Irrenhaus zog er an der Spitze einer ungeheuren Menschenmenge von Arbeitern, Soldaten und Intellektuellen ins Ministerpalais ein, stürzte die alten Mächte, den Hof, die Hofschranzen, die Bureaukratie, das ganze überfällige System, konstituierte den Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, übernahm den Vorsitz und erließ in der Nacht zum 8. November den ersten programmatischen Aufruf an die Bevölkerung: „Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayrische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!"

So wurde Kurt Eisner der Führer der bayerischen Revolution, ihr Bahnbrecher in Deutschland. Großes hat er getan und Geschichtliches vollbracht. Was den Kleinen, die so stolz sind und so überlegen tun mit ihrer Realpolitik, ganz unmöglich schien, hat der unerschrockene Idealist geleistet im unerschütterlichen Glauben an die Macht der Idee, im Vertrauen zu den Massen.

Ihr heißer Dank hat ihn an die Spitze der Regierung geführt und in allem Großen und Wichtigen hat er das Richtige getan. Er hat der Wahrheit gedient, er hat der Arbeiterklasse die Treue gehalten, er hat die Revolution geschützt. Deshalb ist er ihr Märtyrer geworden.

Aber dieser Opfertod soll nicht umsonst gewesen sein. Im Leben wie im Tode hat Kurt Eisner für den Sozialismus gewirkt, sein Leben wie sein Tod werden der Sieg des Sozialismus beschleunigen, werden den Triumpf der Arbeiterklasse heraufführen.

Kurt Eisner ist tot. Aber sein brechendes Auge hat die Morgenröte der neuen Zeit gesehen und an seinem Grabe schwören wir: nicht lange und die Sonne der Freiheit soll auf diesem Grabe die roten Nelken erblühen lassen.

Kurt Eisners Bestattung.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Gustav Landauer fuhr in seiner Rede fort:

Er war unbarmherzig gegen den kleinen, erbärmlichen Menschen, weil er die Menschheit liebte. Er war Prophet, weil er die Not durchschaute und die Notwendigkeit sie zu enden. Er war Prophet, weil er ein Erkennender war und unerschrocken auftrat gegen jede Verlogenheit. Er war ein Schwärmer und zugleich ein trockner Forscher. Er war Prophet auch in dem Sinne, daß er die Zukunft voraussah.

Kurt Eisner ist der große Führer der Weltrevolution. Schon im Jahre 1917 hat er die nationale Katastrophe nahen sehen. 1918 sah er den Augenblick zur Tat, um die Menschheit zu retten. Der Generalstreik scheiterte und brachte ihm acht Monate Gefängnis. Als er das Gefängnis verließ, bereitete er sofort die Revolution vor, die sein Vermächtnis an die Menschheit ist, und die wir fest und human weiterzuführen haben. Er schrieb damals einen Brief, den jetzt die Welt vernehmen soll, die verhetzte Welt, die sich an Leben und Besitz klammert. Noch einmal soll Eisners Geist sprechen. Er schrieb an seine Frau am 4. Januar 1918 in ganz leisen Worten: Als ich gestern nacht einsam durch die Stadt wandelte, überfielen mich schwermütige Gedanken. Da beschloß ich, mich von ihnen zu befreien. Es bedrängen mich trübe Ahnungen, als ob sich mein Schicksal vollenden solle. Er schrieb, daß er nur noch frei atmen könne, wenn er jetzt das täte, was er tun müßte. Er könne der persönlichen Verantwortung nicht mehr ausweichen.

Aber ich verhehle mir nichts, schrieb er, ich bringe damit ein schweres Opfer. Denn ich bin so freudig dem Leben verflochten gewesen. Ich hänge an Dir und den Kindern und der vielen Arbeit, die noch nicht getan ist. Dennoch breche ich mit allen. Aber ich sehe das Licht in der Finsternis, in der Fülle der Kraft, die ich noch unvollendet in mir fühle."

Gustav Landauer schloß dann seine Rede mit den Versen Eisners:

Giftgeschwollen siegen,
Schuldlos unterliegen,
Mord oder Qual,
Das ist egal.

Er hat gewählt, er ist vollendet. Mag die Flamme seinen Leib verzehren, die Flamme seines Geistes lebt in Ewigkeit!

Kurt Eisner auf der Berner Konferenz.

Wenn die gesamte Internationale jetzt in tiefster Ergriffenheit die Trauer des deutschen Proletariats um Kurt Eisner teilt, so tut sie das nicht nur aus Sympathie für den Kämpfer und Politiker, der auf exponiertestem Posten seine revolutionäre Pflicht erfüllte, sondern auch aus Verehrung für den politischen Denker, der soeben noch vor dem Forum der Internationale in Bern als einer der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, zu den Fragen der internationalen Politik und des Sozialismus Stellung nahm. Schon in der ersten Plenarsitzung der Konferenz hielt er eine lange aufrüttelnde Rede über die Schuld an der Entzündung des Weltkrieges. Seine tiefe Ueberzeugung, daß diese Schuld auf die Zentralmächte fällt, war für seine ganze politische Stellung im Kriege entscheidend. Mit entschlossener Energie wendete er sich gegen alle Mißhandlungen, die von den ehemaligen Herrschern in Deutschland an Kriegsgefangenen verübt wurden, ebenso entschlossen aber trat er für die deutschen Kriegsgefangenen ein und erzielte hier, wie wir bereits berichteten, einen großen praktischen Erfolg. Ueberaus wohltuend war sein scharfer Angriff gegen die Presse, die ein vollgerüttelt Maß der Mitschuld an der Verhetzung der Völker vor dem Kriege und im Kriege trifft. Aber von größtem Interesse ist wohl heute seine Stellung zu den Problemen, die der Bolschewismus in Rußland aufgeworfen. Er war Mitglied der Kommission, die über „Diktatur und Demokratie" berichtete. Er hat derselben zwei Vorschläge zu Resolutionen vorgelegt, die von der „Wiener Arbeiterzeitung" veröffentlicht werden, da sie einen klaren Einblick in Eisners Denkweise ermöglichen.

In der ersten Resolution stellte er sich auf den Standpunkt derjenigen, die die Frage im Interesse der Zusammenfassung des Proletariats vertagt zu sehen wünschten. Insbesondere wies er auch bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit der Einheit des Proletariats hin, an deren Herbeiführung er in Deutschland in der letzten Zeit mit größtem Eifer arbeitete. Dieser erste Resolutionsentwurf lautete:

Die Konferenz von Bern ist tief von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Sozialismus als Aktion seiner Verwirklichung überall die beherrschende Frage der nächsten Zukunft ist. Damit sich die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft ohne Hemmungen durchsetze, muß sich das Proletariat jedes Landes einig sein über das Wesen des Sozialismus, über die Mittel des Kampfes und die Formen der Verwirklichung. Die Konferenz fordert darum die Proletriate aller Länder auf, sich organisatorisch und sachlich einheitlich zusammenzuschließen. Wenn sich die sozialistische Bewegung nicht selbst zerstören soll, so müssen sich die sozialistischen Parteien klar sein über die Probleme der Demokratie und der Diktatur, der Nationalisation und der Sozialisation.

Zu diesem Zwecke ist es auch notwendig, daß die Versuche einer sozialen Revolution, die in Rußland unternommen worden sind, von Grund aus studiert werden. Darum ist es geboten, daß die Konferenz eine internationale Abordnung nach Rußland entsendet, um eine sachliche Grundlage zu schaffen für die Erörterung und Entscheidung der Probleme auf dem nächsten Internationalen Sozialistischen Kongreß. Indem die Berner Konferenz dermaßen die Fragen des Bolschewismus auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses gesetzt zu sehen wünscht, warnt sie die bürgerlichen Regierungen, die den Völkerbund begründen wollen, den Bolschewismus als Schreckgespenst zu verwenden, um die Friedensverhandlungen reaktionär-imperialistisch zu beeinflussen und zu entscheiden. Die Welt ist auf dem Wege des Sozialismus und es würde nur eine Zerrüttung aller Verhältnisse bewirken, wenn die kapitalistischen Regierungen versuchen würden, die notwendige und unaufhaltsame Entwicklung des Sozialismus konterrevolutionär zu verhindern.

Nachdem Eisner sah, daß die Mehrheit der Konferenz von einer positiven Formulierung nicht abzuhalten sei, brachte er einen Entwurf ein, in dem seine Auffassung rein theoretisch zum Ausdruck kommen sollte. Dieser zweite Entwurf lautete:

Die Berner Sozialistenkonferenz begrüßt in den politischen Revolutionen, die in Europa die allgemeine Demokratie hergestellt haben, den Beginn einer neuen Zeit, in der sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vollziehen wird.

In diesem entscheidenden Augenblick, da das Problem des Sozialismus unmittelbar gestellt ist, muß sich das Proletariat einheitlich klar sein über den Weg, den es zu seiner Befreiung beschreiten will.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist die Voraussetzung jeder sozialistischen Politik. In dem allgemeinen Wahlrecht, im Parlament, in den politischen Freiheiten der Rede und Schrift, der Versammlung und Koalition, in den Berufsorganisationen besitzt das Proletariat die demokratischen Werkzeuge seines Kampfes. Wenn auch die Macht revolutionär durch eine Minderheit errungen werden kann, so läßt sich eine solche vorübergehende politische Diktatur des Proletariats nur dann behaupten, wenn hinter ihr in Wahrheit eine rasch sich sammelnde Mehrheit steht; um so gefährlicher wäre jeder Versuch einer Diktatur, die sich nur auf einen Teil des Proletariats stützt und sich gegen große Massen derselben zu behaupten übernimmt. Das könnte nur zur Aufreibung des Proletariats im Bruderkrieg und schließlich zur Diktatur der Bourgeoisie führen.

Wie die Gesellschaft durch die Demokratie politisch herrscht, so kann auch die Sozialisierung der Produktion nur durch die demokratische Gesellschaft erfolgen, die in aufbauender Arbeit die Umwandlung der Wirtschaft planvoll entwickelt, nicht aber durch die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe seitens der in ihnen arbeitenden Proletarier.

Die Berner Konferenz hält es für notwendig, unverzüglich eine Untersuchungskommission nach Rußland zu entsenden, um die Wirkungen der dort angewendeten Methoden des politischen Klassenkampfes festzustellen.

Eisner war, wie auch aus dieser Resolution sichtbar wird, ein überzeugter Gegner jener Methoden, die als „Bolschewismus" bezeichnet werden. Er war und blieb Demokrat, aber er hielt eine vorübergehende Diktatur, „wenn hinter ihr in Wahrheit eine rasch sich sammelnde Mehrheit steht", für möglich, wie ja sein eigenes Experiment in Bayern zeigte. Er glaubte, daß dieser Versuch glücken könne, wenn es gelinge, die Arbeiter und Bauern auf ein gemeinsames Programm der Sozialisierung zu einigen, und sah in diesem Zusammenwirken von Arbeitern und Bauern den einzig möglichen Weg des Sieges der Revolution in einem industriell rückständigen Lande.

Sympathiestreik in Leipzig.

Leipzig, 25. Februar. Der hiesige A.- und S.-Rat gibt folgende Entschließung bekannt: Die Versammlung der Arbeiterräte, Arbeiterausschüsse und Betriebsvertrauensleute empfiehlt der gesamten Arbeiterschaft, den politischen Streik als Kampfmittel anzuwenden, um die Forderungen der Bezirkskonferenz in Halle in allen Punkten zu unterstützen. Sie beauftragt den Leipziger Arbeiterrat, in Gemeinschaft mit den Betriebsvertrauensleuten die Streikleitung zu übernehmen und in Verbindung mit der Streikleitung in Halle zu treten. Sie erklärt, daß die Entscheidung über den Streik der Arbeiterschaft in den Betrieben zusteht, spricht der Arbeiterschaft der Räterepublik Bayern ihre Sympathie aus und fordert die Arbeiterschaft Leipzigs und Sachsens auf, die bayerischen Arbeiter bei ihrem Kampf gegen die Reaktion zu unterstützen.

Die Regierung gegen die „wahnwitzigen und verbrecherischen" Elemente.

Die Regierung läßt erklären: Im Braunkohlenrevier bei Halle wird gestreikt, um den Sturz der Reichsregierung und die Beseitigung der Nationalversammlung zu erzielen. Es ist tiefbetrübend, daß eine Anzahl irregeleiteter Leute ein wichtiges Mittel des wirtschaftlichen Kampfes für politische Verbrechen mißbraucht. Der Streik im Braunkohlenrevier wird kein anderes Ergebnis haben, als das, gerade die ärmsten Bevölkerungskreise dieser Gegend den schwersten Folgen einer Kohlennot auszusetzen und in einigen Tagen auch der Hungersnot auszuliefern. Das gleiche gilt für den Streik der Eisenbahnarbeiter in Halle und anderen Orten, die in völliger Verkennung der Lage sich zu einem Sympathiestreik haben verführen lassen. Der Eisenbahnbetrieb bei Halle ist bereits gestört. In unverantwortlicher Weise vergrößern diese Streikenden die Verkehrs- und Wirtschaftsnot in Deutschland. Diesem Treiben muß mit rücksichtslosester Strenge entgegengetreten werden. Auch bei diesem Streik wird eine große Anzahl Arbeiter gegen ihren Willen zur Arbeitseinstellung gezwungen. **Von der Regierung sind unverzüglich Maßregeln in die Wege geleitet worden, die bezwecken, unter allen Umständen solchem Terrorismus zu begegnen. Es wird gezeigt werden, daß wahnwitzige oder verbrecherische Elemente nicht ungestraft das Land zum Zusammenbruch treiben dürfen.**

Nie hat eine kaiserliche Regierung den Arbeitern gegenüber eine derartige Sprache zu führen gewagt, als diese „sozialistische" Regierung. Arbeiter, die um Anerkennung wirtschaftlicher Forderungen streiken, sind in ihren Augen „wahnwitzige und verbrecherische Elemente". Mit Maschinengewehren und Flammenwerfern will deshalb die Regierung ihnen den Willen nehmen, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu wehren.

Eisners Todesahnungen.

Kurt Eisner hat im vorigen Jahre, das er zum größten Teil im Gefängnis zubrachte, seine Erinnerungen gesammelt, die unter dem Titel „Vor der Revolution" (im Verlag Paul Cassirer) erscheinen sollen. Wir sind in der Lage, schon heute das Vorwort veröffentlichen zu können, das den Toten und sein Werk noch einmal in helles Licht rückt. Eisner, auch noch im vollsten Leben sich dem Tode nahe fühlend, wußte, wie er seinen „Urlaub vom Tode" menschlich erfüllen sollte: Er diente der Wahrheit und half bis zur letzten Stunde die Erde reinigen für die Lebendigen von morgen. Nachdem die Kugel eines Mörders „den Spruch vollzog, der ihn begrub", wirken die nachstehenden Zeilen nur um so ergreifender.

•

Wir Toten auf Urlaub.

Ein französischer Offizier hat in einem Kriegsgericht das Wort gesprochen: „Wir sind alle heut nur Tote auf Urlaub." War es im ersten, im zweiten Kriegsjahr? Ich weiß es nicht; wir haben in diesen Jahren das Zeitgedächtnis verloren.

Mich aber ließ das Wort, seitdem ich es gelesen, nicht wieder los und ward mir zum führenden Schicksal.

Der Tod hat uns alle nur beurlaubt. Wir Schatten sind auf eine Weile in das Reich des Bewußtseins zurückgekehrt, das man einst Leben nannte und das heute bloß ein mit den Prothesen des Todes sich schwerfällig grotesk bewegender Automat ist. Wir harren unserer Wiedereinberufung. Ein Granatsplitter setzt unserem Urlaub das Ziel, die Geschoßnacht eines Maschinengewehrs, eine Giftgaswelle, die Explosion einer Munitionsfabrik, eine Bahnentgleisung, Hunger, Erschöpfung, ein Raubmord, der Anfall eines Wahnsinnigen, der von der Front kam, oder auch das Urteil von Richtern, die uns das Almosen des Urlaubs aberkennen, weil sie selbst vergessen haben, daß auch sie nur Tote auf Urlaub sind.

Viele suchen durch gefälschte Scheine und Pässe die Frist sich zu verlängern, rasen in grinsenden Tobsüchten, balgen sich geil und gierig mit den Verwesungen der Welt und fürchten sich vor dem Tod, obwohl gerade sie längst zwiefach Tote sind, die nur die Zuckungen der letzten Todesqual Leben wähnen.

Manche aber wissen, wie sie den Urlaub menschlich erfüllen sollen: daß sie ihre Seele retten und den Tod nicht fürchten, von dem sie kommen; daß sie der Wahrheit dienen und bis zur letzten Stunde die Erde reinigen helfen für die Lebendigen von morgen, die befreit die Kraft haben werden, den Tod aus dem Leben zu bannen. Ihnen wird noch einmal Arbeit im Menschheitsdienst zu der Seligkeit eines vorgeführten Lebens, das ihrem Geschlecht zu erringen und zu genießen versagt war.

Ein Toter — des Spruches harrend, der ihn begräbt — sammelt in letzten Stunden Bruchstücke seines Wollens und Denkens, Kämpfens und Träumens ... Urlaubserinnerungen!

München, Untersuchungsgefängnis, 10. September 1918,
In der Sonnenaufgangsstunde.

Kurt Eisner.

Volksbühne.

„Gas" von Georg Kaiser.

Einer der fruchtbarsten und an modernen Bühnen vielgespielten neueren Autoren ist Georg Kaiser. Er ringt noch künstlerischer Gestaltung seiner Ideen, wobei ihm Fleisch und Blut des vielgestaltigen Lebens verloren gehen. Die Kunst hat dabei keinen Gewinn. Auch wenn er in heftig hingeschmetterten Worten sich sehr ekstatisch geberdet, fehlt diesem Dichter die wärmende Flamme, die Kraft der Schauung und die für die Bühne unerläßliche sinnfällige Darstellung des Gewollten.

Georg Kaiser kann fast allzuviel, und in seinem fünfaktigen Schauspiel „Gas" reckt er sich über Björnsons allegorienhafte Dramalogie bis in die Regionen von Strindbergs „Traumspiel", freilich ohne dieses Vorbild an poetisch visionärer Kraft zu erreichen. Auch in der Art des griechischen Chors läßt Kaiser den einzelnen die Schmerzen und Sehnsüchte seiner Zeit und seiner Klasse sagen. Die Worte und Szenen sind immer scharf umrissen, für lyrische Gefühlsäußerungen ist nur selten Raum, das scheinbar Objektive muß das Subjektive ersetzen. „Vergeistigtes" Theater mit kalter Leidenschaft im Rampenlicht.

In dem gestern zum erstenmal für Berlin von der Volksbühne aufgeführten Schauspiel, das eine Fortsetzung des Milliardärstückes „Die Koralle" ist, wendet sich der Milliardärssohn nach einer furchtbaren Explosionskatastrophe, die zahllose Opfer forderte, von der Fabrikation eines „Gases" ab, das gewissermaßen als Inbegriff der höchstgesteigerten Technik, des Industrialismus und des Kapitalismus alle Räder und Maschinen der Welt speist und treibt. Er will, nachdem er früher schon seine Arbeiter an dem profitablen Unternehmen beteiligte, sie unter Lahmlegung namentlich auch der Rüstungsbetriebe nun in edlem Menschendrange als freie Siedler auf grünem Grund und Boden sehen. Aber wie vordem an der unberechenbaren Naturkraft, so scheitert er jetzt am Widerstand der Massen, die nicht wieder „Bauern" werden wollen.

Bei allem gern dämonisch stilisierenden Ideengewebe mutet das Problem bisweilen doch nur als platte Umkehr vom großstädtischen Werkstätienbetriebsfieber zur friedlich sozialen Gartenstadtbewegung an, die die Maschine des Industrialismus freilich nur umschalten, aber nicht ausschalten will. Ohne auf wirtschaftliche Entwicklungsfragen hier näher eingehen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß die Arbeiterschaft im großen und ganzen anders sinnt und trachtet, als es Georg Kaiser ihr „symbolisch" andichtet.

Die Sprache Kaisers ist gesucht kurz und knapp, doch bringt namentlich der vierte Akt ein Trommelfeuer von Theaterpathos. Der fünfte läßt sogar richtige Maschinengewehre auffahren. Die Bühnenbilder von Karl Jakob Hirsch verliehen der Aufführung stärkere Reize als es die Darstellung von sich aus vermochte. Die meisten Mitwirkenden waren unsicher im Stil und blieben ohne feste Ausprägung ihrer überindividuellen Rollen im Mittelmäßigen stecken. Nur Ernst Stahl-Nachbaur zeigte als Milliardärssohn sich völlig durchdrungen vom Geist seiner das ganze Stück tragenden Rolle; er vereinte dabei in echter Künstlerschaft, die noch vieles von diesem Schauspieler erhoffen läßt, die widerstreitenden Elemente von Natürlichkeit und Stilisiertheit weit mehr als es der Dichter vermochte, in dessen Abwesenheit der Spielleiter Paul Legband für den von Akt zu Akt sich steigernden Beifall dankte. E. B.

Tuaillon, der deutsche Bildhauer mit dem französischen Namen ist gestorben. Am bekanntesten wurde er durch seine wahrhaft schöne Statue der „Amazone" vor der Berliner Nationalgalerie. Als starker Künstler bewährte er sich schon allein dadurch, daß er — obwohl im gleichen Aufgaben- und Auftragskreise der Siegesalleeleute lebend — allen Kitsch überwand und selbst in Kaiserstandbildern (Köln, Bremen) statt eines wohlfeilen Byzantismus reine Kunst zu Ehren brachte.

Deutsche Nationalversammlung.

Durch den Widerspruch der Unabhängigen war am Montag die von der Regierung beabsichtigte Durchpeitschung des Entwurfes über die neue Reichswehr verhindert worden, so daß die Beratung auf Dienstag verschoben werden mußte. In der Dienstag-Sitzung unterzog der Genosse Henke den Entwurf einer wirksamen Kritik. Er wies nach, daß die Bildung der Reichswehr zum Schutze der Grenze gegen die Bolschewisten unnötig wäre, da die russische Regierung jetzt wieder in einem der deutschen Oeffentlichkeit unterschlagenen Funkspruch erklärt habe, daß sie gar nicht daran denke, militärische Aktionen gegen Deutschland einzuleiten. Es bliebe deshalb nur die Annahme, daß die neue Reichswehr als Instrument gegen den inneren Feind dienen solle. Noske, der sich scharf gegen Henke wandte, mußte schmerzlich zugeben, daß mit dieser Vorlage die Forderung des Erfurter Programms nach Wehrhaftmachung des ganzen Volkes nicht im entferntesten erfüllt werde. Er bekämpfte alle Abänderungsvorschläge der Unabhängigen und setzte sich entschieden für seine Kieler Schutzgarde ein. Seine Rede fand lebhaften Beifall auf der Rechten, deren Redner ihm versicherte, daß der Entwurf zeige, daß auch die Sozialdemokratie sich zum Gedanken des Militarismus bekehrt habe.

Der Entwurf wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen, deren Anträge fast sämtlich abgelehnt wurden.

Wegen Raummangels mußte der Bericht aus der heutigen Nummer zurückbleiben.

*

15. Sitzung. Dienstag, den 25. Februar 1919, vorm. 10 Uhr.

Erste Beratung des von den Abgg. Loebe, Groeber, v. Payer und Dr. Riesser eingebrachten Gesetzentwurfs über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Abg. Schöpflin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf, der dem gegenwärtigen Chaos des Heerwesens ein Ende bereiten soll. Durch Aufruf der Wehrpflichtigen eine militärische Macht zu schaffen, ist zur Zeit nicht ausführbar, wird sind leider auf das Anwerbesystem, auf Freiwillige, angewiesen. Eine einheitlich organisierte Truppe wird die vorläufige Reichswehr nicht sein. Was aber einheitlich werden soll und muß, ist, daß diese Reichswehr die Reichsverfassung respektiert, daß sie bereit ist, in Konflikten sich der Reichsregierung unterzuordnen und den Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen.

Abg. Groeber (Z.): Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist eine so wichtige Aufgabe, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) Wenn diese Macht das leisten soll, was man erwartet, ist erste Voraussetzung, daß Gehorsam und Disziplin walten (lebhafte Zustimmung). Die Vertrauensausschüsse bei den Soldaten dürfen keinen politischen Charakter bekommen.

Abg. Stehr (Dem.): Wir bedauern, daß es der unabhängigen Sozialdemokratie nur durch den Hinzutritt der deutsch-nationalen Volkspartei möglich gewesen ist, gestern die Beratung dieses Gesetzes zu verhindern. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) In der jetzigen Zeit ist es schwer, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß dieses Gesetz auch nur um eine Stunde verzögert wird.

Abg. Baerecke (D.-natl. Vp.): Die Vorlage zeigt, daß **die Sozialdemokratie umgelernt hat; es geht eben nicht ohne Militarismus.** (Lachen links.) Eigentlich könnten wir Schadenfreude empfinden. Die Revolution hat die Disziplin untergraben, und man sehnt sich zurück nach dem alten System. Das zeigt diese Vorlage. (Lachen links.) Auch Noske sieht ein, daß man ohne Disziplin, ja ohne brutale Gewalt nicht durchkommt. Auf dem Platze des Kriegsministers mag sitzen, wer will, sogar Frau Zietz müßte die Erfahrung machen, daß es ohne Disziplin nicht geht. (Sehr richtig! rechts.) Immer mehr alte Freunde sehen wir wieder. Hier in Weimar haben wir sogar ein freudiges Wiedersehen mit den alten Berliner Schutzleuten gefeiert (Heiterkeit). So kommt eins nach dem anderen. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.)

Abg. Henke (U. S.): Natürlich möchte der Vorredner den Grundgedanken des alten Militarismus lieber heute als morgen wieder lebendig machen. In diesem Entwurf wird mancherlei von dem alten militärischen Geist wieder lebendig, und wir treten ihm deshalb auf das schärfste entgegen. Der Entwurf ist so wichtig, daß er nicht „kurz, schnell und energisch" erledigt werden darf, sondern mindestens in einer Kommission vorberaten werden muß. Ueber die Stärke der Reichswehr wird nichts gesagt, und das muß den Argwohn unserer Feinde verstärken, daß es sich um die Wiederaufrichtung des Militarismus handle. Würde uns über die außenpolitische Lage im Osten Klarheit gegeben, so würde sich herausstellen, daß die Gefahr der Bolschewisten (lebhafte Zurufe: Polen!) ein Schwindel ist. (Lachen b. d. Mehrheit.) Ich konstatiere das Einverständnis des Grafen Posadowsky mit den Herren von der Sozialdemokratie. Die russische Sowjetregierung hat durch Funkspruch erklären lassen, daß in Deutschland die falsche Vorstellung verbreitet sei, als ob es von einer russischen Invasion bedroht werde, sie spricht ihr Befremden aus, daß die deutsche Regierung dieser Vorstellung nicht entgegentritt. (Lachen und erregte Zurufe bei der Mehrheit.) Wir werden wieder mit dieser Sowjetregierung wirtschaftlich verhandeln müssen, wir wollen doch mit allen Völkern in Eintracht leben. Nachdem wir jetzt eine Regierung haben schwarz wie das Zentrum, rot wie die Sozialdemokraten und golden wie die Demokraten, sollte mit der überlebten diplomatischen Geheimnistuerei Schluß gemacht werden. (Heiterkeit.) Dem Vorredner liegt weit mehr an der Unterbringung der arbeitslosen Offiziere als an der der erwerbslosen Arbeiter. (Große Unruhe und Widerspruch b. d. Mehrheit.) Wenn wir den Frieden mit den Völkern im Osten ehrlich wollen, können wir ihn haben. (Gelächter und Widerspruch.) Aber unsere Politik muß das Vertrauen der Völker wieder erringen. Das sozialdemokratische Hamburger „Echo" hat in einer schwachen Stunde ausgeplaudert, daß es sich hier um eine Wiederbelebung des Militarismus handelt. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Die vorwärtsdrängenden revolutionären Kräfte sollen niedergedrückt werden. (Widerspruch, Gelächter.) Gewalt gegen Gewalt, das ist heute ihre Maxime. Damit ersticken Sie aber eine große Volksbewegung nicht. Ich bin überzeugt, daß ich mit meinen Ausführungen nicht die Mehrheit dieses Hauses hinter mir habe (Sehr richtig! Heiterkeit); es ist ja bezeichnend, daß nicht nur der Regierungsblock diese Vorlage unterschrieben hat, sondern auch Herr Rießer. Ich wundere mich nur, daß nicht auch die Deutschnationalen unterschrieben haben. (Zuruf b. d. Soz.: Sind ja Eure Bundesgenossen!) Diese Vorlage ist nicht eine Erfüllung des Erfurter Programms, sondern **ein Stück Wiederbelebung des Militarismus.** Wir lehnen sie ab. (Beifall b. d. U. Soz.)

Reichswehrminister Noske: Ich gebe zu, daß das, was jetzt hier von den Parteien beantragt wird, eine Durchführung des Erfurter Programmsatzes: „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit" **nicht im entferntesten** bedeutet, daß es vielmehr nur der dringendsten Notlage des Augenblicks Rechnung tragen will. Mit diesem Gesetz wird hoffentlich der Anfang zu straffer Einheit auf militärischem Gebiet gemacht. Den Freiwilligenverbänden sind wir zu hohem Dank verpflichtet. (Beifall.) Die Vorwürfe des Vorredners gegen die eiserne Marinebrigade weise ich zurück. Sie ist nicht mit Hilfe von Werbeplakaten zusammengebracht worden. Ich gebe ja zu, daß die Werbeinserate in den Zeitungen eine unerfreuliche Erscheinung sind, aber das wird jetzt aufhören. Es wäre eine verbrecherische Leichtfertigkeit, wenn die Regierung nicht darauf Bedacht nehmen würde, die von Bolschewisten bedrohte ostpreußische Grenze zu schützen. (Beifall.) Selbstverständlich darf der Führer militärischer Formationen nicht der Spielball der Mannschaften sein. Das erforderliche Mitbestimmungsrecht, das sich mit der Schlagfertigkeit der Truppe vereinbaren läßt, muß der Mannschaft zugestanden werden. Es muß darauf geachtet werden, daß in diesen Freiwilligenverbänden straffe Mannszucht und tadellose Disziplin geübt wird. (Beifall.)

In der Einzelberatung begründet Abg. Ritter von Langheinrich (Dem.) den Antrag der Mehrheitsparteien, wonach besonders bewährten Unteroffizieren die Offizierslaufbahn eröffnet werden soll. Beifall links.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) befürwortet eine Reihe von Abänderungsanträgen zu § 2 und die Annahme eines besonderen § 2a. In diesen Abänderungsanträgen wird verlangt, daß die bestehenden Freiwilligen-Verbände und Formationen der vorläufigen Reichswehr anzugliedern sind, daß die Gehälter und Löhne der zu Uebernehmenden sich nach den organisatorischen Bestimmungen der Reichswehr regeln sollen.

Es wird weiter für den Abänderungsantrag Loebe u. Gen. zu § 2 folgende Fassung vorgeschlagen: Bewährten Unteroffizieren und Mannschaften ist die Offizierslaufbahn zu eröffnen. In dem neuen § 2a soll vorgeschrieben werden, daß die Regierung alle drei Monate öffentlich Bericht über die Zahl, die Verwendung, Verpflegung erstatten soll.

Reichswehrminister Noske wendet sich gegen diese Abänderungsanträge der U. Soz., die er bis auf denjenigen betreffend die Eröffnung der Offizierslaufbahn auch für die Mannschaften abzulehnen bittet. In der Auswahl der Formationen, die in die vorläufige Reichswehr aufgenommen werden sollen, solle man die Regierung nicht binden. So könne die Verwaltung die Kieler Division, die fast restlos aus aktiven Unteroffizieren und Deckoffizieren bestehe, und die eine der besten Truppen sei, nicht entbehren. Es wäre aber ein Unding, alle diese Leute als Gemeine zu löhnen. Die Besorgnis, daß viele Vertreter des alten Systems, ältere verknöcherte Offiziere hineinkommen, sei unbegründet. Es seien bereits ältere Offiziere in großen Massen verabschiedet worden. Die fernere Besorgnis vor konterrevolutionären Bewegungen, die sich durch diese Elemente in der Reichswehr breit machen könnten, sei hinfällig und erscheine als übermäßiges Maß von Mißtrauen in die politische Reife des Volkes.

Die Abgg. Loebe, Groeber u. Gen. ändern ihren Antrag zu § 2 dahin um, daß der letzte Satz nunmehr lautet: Offiziere und Unteroffiziere, die in die Reichswehr eintreten, sollen in erster Linie bei Uebernahme in die künftige Wehrmacht berücksichtigt werden.

§ 2 wird mit den Anträgen der Mehrheitsparteien unter Einfügung der Worte „und Mannschaften" bei der Eröffnung der Offizierslaufbahn, aber unter Aufrechterhaltung des Wortes „besondere" angenommen, § 2 abgelehnt. Der Rest des Entwurfs, nach den Anträgen Loebe und Gen. ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr (dritte Lesung des Reichswehrgesetzes, kleiner Vorlagen. Erste Lesung des Verfassungsentwurfs). Schluß gegen 2 Uhr.

„Sozialisierungsabsichten der Regierung".

Durch W. T. B. wird eine Meldung über die Beratungen des Kabinetts wegen der Wirtschaftslage verbreitet. Es heißt darin:

Im besonderen wurde beschlossen, für die Neubelebung des Transportwesens und die Wiederinstandsetzung der Transportmittel Sorge zu tragen. Einstimmig war auch das Kabinett der Ansicht, daß der Sozialisierungsparagraph im Aktionsprogramm nicht Papier bleiben dürfe, daß vielmehr alle zuständigen Stellen mit voller Entschiedenheit und unverzüglich damit beginnen müssen, die Sozialisierungsabsichten der Reichsregierung zu verwirklichen.

Die Regierung wird wohl kaum glauben, daß sie mit einer derartig unbestimmten Andeutung die Unruhe bannen kann, die gegenwärtig weiteste Kreise der Arbeiterschaft erfüllt. Ihre bisherige Haltung zur Sozialisierung hat das denkbar schärfste Mißtrauen der Arbeiter hervorgerufen. Die Ankündigung, daß die „Sozialisierungsabsichten der Reichsregierung" verwirklicht werden sollen, bedeutet absolut nichts, denn bisher hat sie stets darin bestanden, die Sozialisierung zu verhindern.

Befreiung Gothas.

Wolff meldet: Der unabhängige Abgeordnete Bock-Gotha hat im Namen der Erfurter Arbeiterschaft um eine endgültige Beilegung der Streitfragen ersucht. Daraufhin ist zwischen ihm und dem Reichswehrminister Noske folgendes Abkommen zustandegekommen:

In Gotha erfolgt am Mittwoch, den 26. Februar, 8 Uhr morgens, die Beendigung des Generalstreiks. Punkt 12 Uhr mittags rückt das Korps des Generals Maercker aus Gotha ab, ausgenommen etliche 100 Mann, die noch für einige Zeit Heeresgut zu bewachen haben.

Die Wahrheit über Wilhelmshaven.

Ueber die Besetzung von Wilhelmshaven geht uns folgender Bericht zu:

Tage- und wochenlang vor der Besetzung herrschte in allen Jadestädten und auch in Wilhelmshaven vollkommene Ruhe und Ordnung. Durch Maueranschlag zeigte der Stationschef der erstaunten Bevölkerung an, daß Truppen von der Regierung gesandt wären, um die „Gründung einer Nordwestdeutschen Republik" zu unterdrücken. Der von Noske zum Zivilgouverneur ernannte „Arbeitervertreter" Paul Hug wußte von der geplanten Besetzung bereits vorher, verständigte aber den A.- und S.-Rat nicht davon. Ein als Wachtposten fungierender verheirateter Obermaat, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, wurde in Ausübung seines Dienstes von den Regierungstruppen **erschossen.** Dies völlig unnötig geopferte Menschenleben fällt somit Hug zur Last.

Das Organ der Unabhängigen „Die Tat" wurde beschlagnahmt. Die beiden Redakteure wurden verhaftet.

Auf der Werft haben die Regierungstruppen wie Vandalen gehaust. Die über die Besetzung äußerst erregten Arbeiter weigern sich unter solchen Umständen zu arbeiten und üben geschlossen passive Resistenz.

Generalstreik in Freiburg i. B.

Freiburg, i. B., 25. Februar. Der Arbeiter- und Soldatenrat, die sozialdemokratische Partei, die Unabhängigen, das Gewerkschaftskartell und der Ausschuß der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter hatten für heute nachmittag zum Generalstreik aufgefordert als Protest gegen die politischen Vorgänge in München und die gegenrevolutionären Bestrebungen. Ein großer Teil der Geschäfte und Betriebe blieb geschlossen. Die Zeitungen erschienen nachmittags nicht.

Belehrt.

Unter dem Titel „Die Berliner Lehre" schreibt die „Berliner Volkszig.":

„Die Groß-Berliner Kommunalwahlen haben innerhalb der Sozialdemokratie einen deutlichen Ruck nach links gezeigt. Auch die Demokraten haben mäßig abgeschnitten. Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Abgesehen davon, daß die überaus trüben wirtschaftlichen Verhältnisse einer Radikalisierung der Massen sehr günstig sind, muß auch rund herausgesagt werden, daß die Politik der Regierung bisher wenig geeignet war, bei den Massen zu wirken. Nicht einmal die Grundzüge des Programms demokratischer Sozial- und Wirtschaftspolitik sind bisher bekannt geworden. Gewiß muß auch eine Reichsverfassung geschaffen werden; aber dieses Werk kann im Augenblick auf die arbeitslose, von allem entblößte Bevölkerung wenig Eindruck machen.

Dies alles wäre noch nicht ausschlaggebend, wenn die Regierung nicht eine so unverständliche Politik in Fragen triebe, die den Agitatoren des Bolschewismus immer neuen Stoff liefert. Der Liebknecht-Luxemburg-Prozeß droht zu einem Weltskandal auszuwachsen. Daß die Nationalversammlung ihn immer noch nicht einem bürgerlichen Gericht überwiesen hat, ist völlig unverständlich. So etwas muß sich rächen. Ferner: Warum ist Ledebour noch in Haft? Glaubt man, der alte Mann werde fliehen? Der Aufenthalt, den man diesem ergrauten, geistvollen Politiker zugewiesen hat, scheint auch nicht gerade ein Elysium zu sein.

Daß das Zentralorgan der Mehrheitssozialisten, wie es sich heute darstellt, geeignet wäre, dem dumpfen Massengroll, der sich ob all des Elends aufhäuft, ein Sprachrohr und damit ein Ventilleiter zu sein, darf billig bezweifelt werden."

Die Genossen sehen, die Lehre, die sie bei der letzten Wahl der Reaktion erteilt haben, bleibt nicht ganz unbeachtet. An ihnen ist, die Lektionen kräftig fortzusetzen.

Deutsche Truppen stürmen Windau.

Libau, 25. Februar. Wolff meldet: Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff von der Land- und Seeseite, in dem reichsdeutsche Truppen und deutsch-baltische Landwehrformationen beteiligt waren, nach heftigem Kampfe eingenommen.

Die russische Stadt Windau wird von reichsdeutschen Truppen für die baltischen Barone erstürmt. — So sieht der „Einfall der Bolschewiki in Deutschland" aus.

Die englischen Bergarbeiter für den Streik.

London, 24. Februar. Reuter. Im Unterhause verkündete der Arbeiterführer und Führer der Opposition Adamson das Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeiter. Danach sind 611 903 für den Streik, 101 997 dagegen.

London, 25. Februar. Im Unterhause wurde ein Zusatzantrag der Arbeiterpartei zur Kohlenvorlage mit 257 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Der Zusatzantrag verlangte, die Vorlage solle sich mit der Durchführung der Verstaatlichung der Bergwerke befassen und nicht mit dem Grundsatz der Verstaatlichung, der anzunehmen sei. Weiter wurde in dem Zusatzantrag ausgeführt, die Regierung besitze die nötigen Unterlagen, um die Lohn- und Arbeitsstundenfragen zu erledigen. Die Vorschläge der Vorlage würden nur eine Verzögerung bedeuten.

London, 25. Februar. Am Nachmittag wurde in London von dem sogenannten Arbeiter-Dreibund (Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) eine Versammlung abgehalten, die vielleicht einen entscheidenden Faktor in der industriellen Krise bilden wird. Die Versammlung befaßte sich mit der Frage, ob eine gemeinsame Aktion zu unternehmen sei, um die Forderungen der Bergarbeiter zu unterstützen. Die Versammlung beschloß, sich zu vertagen, bis jeder der drei verbündeten Verbände zu weiteren Verhandlungen Gelegenheit gehabt haben würde. Ferner wurde beschlossen, daß kein Teil des Dreibundes irgend einem Abkommen zustimmen würde, ehe die nächste Konferenz zusammengekommen sei. Eine solche Versammlung sei noch vor dem 15. März abzuhalten.

Vollversammlung der Arbeiter- und Soldaten-Räte Groß-Berlins.

Heute vormittag versammelten sich die Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins im großen Saal des Lehrervereinshauses, um Stellung zu nehmen zur Einberufung eines Reichskongresses der A.- und S.-Räte. Das lebhafte Interesse, daß der Versammlung entgegengebracht wurde, zeigte sich schon vor Beginn der Versammlung. Der große Saal ist schon frühzeitig stark besetzt. Die Soldatenräte sind dagegen sehr schwach vertreten. Die Gelerien sind gefüllt von auswärtigen Gästen. Am Eingang wurde eine scharfe Kontrolle ausgeübt, die in der Versammlung nochmals vorgenommen wurde.

Richard Müller, der die Versammlung eröffnete, begrüßte die auswärtigen Gäste und widmete den durch schurkenhaften Brudermord dahingerafften Genossen Kurt Eisner einen warmen Nachruf, den die Versammlung stehend anhörte. Dazu wurde noch folgende, von den Arbeiterräten der U. S. P. eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die am 26. Februar 1919 im Lehrervereinshause tagende Vollversammlung der Groß-Berliner A.- und S.-Räte beklagt gemeinsam mit dem ganzen deutschen Proletariat das gewaltsame Hinscheiden des warmherzigen und geistvollen Vorkämpfers der Revolution, des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Sie betrauert in ihm eines der vielen Opfer der Gegenrevolution, die allerorten ihr Haupt kühner zu erheben wagt. Die Versammlung begrüßt das bayerische Proletariat, das sich einmütig zum Schutze der Revolution erhoben hat und

verspricht, alles zu tun, die bayerischen Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Vor allem begrüßt die Versammlung die Tatsache, daß es das Rätesystem war, das die Bevölkerung Münchens in den erregten Tagen der Attentate vor einem Weiterumsichgreifen des Blutvergießens bewahrt hat. Sie verspricht der bayerischen Räterepublik jede nur mögliche Hilfe und Förderung und wird auch ihrerseits mit aller Macht für die Erhaltung und den Ausbau der A.- und S.-Räte eintreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die eine starke Erregung der Delegierten zum Ausdruck bringt. Ein Antrag der Kommunisten auf Ausschluß zweier Arbeiterräte wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag der U. S. P. fordert, die Neuwahl des Vollzugsrats auf die Tagesordnung zu setzen, da er den in einer früheren Vollversammlung gefaßten Beschluß, bis zum 20. Februar einen deutschen Rätekongreß einzuberufen, nicht ausgeführt habe. Darüber entspinnt sich eine längere lebhafte Debatte, in deren Verlauf namentliche Abstimmung über den Antrag verlangt wird. Müller weist auf die Schwierigkeiten der namentlichen Abstimmung hin, die in der Tat eine Sprengung der Versammlung mit der festgesetzten Tagesordnung bedeuten würde.

Richard Müller schlägt vor, zunächst den ersten Punkt zu erledigen und dann über die weitere Festsetzung der Tagesordnung zu entscheiden. Dem wird von den Mehrheitssozialisten widersprochen. Der Vorsitzende erklärt schließlich, daß ihm durch das Verlangen, die namentliche Abstimmung sofort vorzunehmen, durch den weiteren Gang der Verhandlungen die weitere Geschäftsführung vorläufig unmöglich sei. Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde vertagt. In der Pause soll zum Zwecke der namentlichen Abstimmung die Liste herbeigeschafft werden.

Bei Schluß des Blattes ist die Versammlung noch nicht wieder eröffnet.

Stellungnahme zum Parteitag.

Kreis Niederbarnim.

Die vor vier Wochen vertagte Generalversammlung fand Montag abend ihre Fortsetzung. Es handelt sich im wesentlichen um die Beschlußfassung über die zahlreich vorliegenden Anträge und Resolutionen und um die Wahl der Delegierten. Der Antrag, zum ersten Punkt der Tagesordnung des Parteitags, Däumig als Korreferent zu bestellen, fand einstimmige Annahme. Desgleichen war der Fall mit dem Antrag Oberschöneweide, daß Abgeordnete und Vertreter der U. S. P., wenn ihnen infolge Verstoßes gegen die Parteigrundsätze oder aus andern Gründen das Vertrauen der Parteigenossen entzogen wird, zurückzutreten haben. Die ebenfalls von Oberschöneweide geforderte Erweiterung der Beratungsgegenstände des Parteitags um den Punkt „Unsere wirtschaftliche Lage", wurde akzeptiert.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den Antrag Pankow, wonach kein Mitglied der U. S. P. einer andern Partei angehören darf. Die Abstimmung ergab 105 Stimmen für und 85 Stimmen gegen den Antrag. Die Minderheit befürchtet, daß sich der Antrag einseitig gegen die Kommunisten richte. Sie wünschten die Frage vorläufig noch offen zu lassen, bis eine ausgiebige Aussprache über unsere Stellung zum Rätesystem zugleich unsere Stellung zu den Kommunisten präzisiere. Ohne Diskussion und einstimmig wurde ein Antrag Lichtenberg angenommen, durch den sofortige Herausgabe von Agitations- und Referentenmaterial, sowie von aufklärenden und programmatischen Schriften gefordert wird.

Folgende Resolution erhielt nach längerer Aussprache die einmütige Billigung der Generalversammlung:

Die Generalversammlung sieht in den Richtlinien des Genossen Kautsky eine geeignete Grundlage für die Aufstellung eines Aktionsprogramms.

Die Richtlinien sind ausgesprochenermaßen aus dem Gesichtswinkel geschaffen, eine Einigungsbasis nur zwischen U. S. P. D. und S. P. D. abzugeben. Diese Orientierung nach rechts verleiht dem Aktionsprogramm einen reformistischen Charakter. Wir aber wollen, daß es sozialistisch-revolutionär sei.

Gegenüber dem demokratisch verbrämten Parlamentarismus, wie ihn Kautsky befürwortet, verlangen wir ein ausgebautes Rätesystem. Nur ein solches gewährt dem Volke die Selbstverwaltung im weitesten Umfange.

Gleichzeitig wird sich durch das Rätesystem, wenn es mit den entsprechenden Vollmachten ausgestattet wird, die Sozialisierung rasch und ohne Schädigung der Produktion durchführen lassen.

Die Aussprache, an der sich Kol, Schwenk, Wikke, Küter und Pfeiffer beteiligten, ergab, daß das Rätesystem weder eine sklavische Nachahmung des russischen Musters, noch eine bloße Dekoration, wie sie die Mehrheitler wünschen, sein soll, sondern sowohl ein wirtschaftliches wie politisches Machtmittel des Proletariats.

Gegen die Erhebung von Eintrittsgeld zu den Tagungen des Parteitags wendet sich Nawrocky und fand damit vollen Anklang bei der Versammlung. Letztere bekundete ferner ihren Willen dahin, daß die kommunalen Arbeiterräte im Amt bleiben sollen, auch wo sozialistische Mehrheiten erzielt sind, da sie Funktionen zu erfüllen haben, die keineswegs von den Gemeindevertretungen übernommen werden können.

Zu Delegierten sind auf Grund der vorhandenen 16 000 Mitglieder folgende fünf Genossen gewählt worden: Küter, Wikke, Richter, Buchweitz, Nawrocky.

Teltow-Beeskow.

Eine Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow beschäftigte sich gestern abermals mit dem Parteitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des durch Mörderhand dahingerafften Genossen Kurt Eisner.

Die Diskussion über die zahlreich vorliegenden Anträge zum Parteitage, die sich mehrere Stunden hinzog, zeichnete sich durch Gründlichkeit und Sachlichkeit aus. Sämtliche Redner vertraten den Standpunkt, daß die Erhaltung und der Ausbau der Arbeiterräte unbedingt notwendig sei. Der Erfolg der Kommunalwahlen wurde zum Teil auf die klare und entschiedene Stellung zurückgeführt, die unsere Partei in der letzten Zeit gegenüber den Arbeiterräten eingenommen habe. Die Wahlen hätten aber auch gezeigt, daß die Demokratie auf dem Geldsack beruhe. Denn nur dort, wo uns materielle Mittel zur Verfügung standen, konnten wir die Aufklärung der Massen betreiben. Erst der Sozialismus schaffe die Vorbedingung für die wahre Demokratie. Mit der fortwährenden Wiederholung der Phrase „Alle Macht den Arbeiterräten" sei indessen nichts erreicht. Man müsse vielmehr den Weg zeigen, der zu dieser Macht führe. Durch eine revolutionäre und wahrhaft sozialistische Politik, deren programmatische Grundlage der Parteitag schaffen müsse, würde der Boden bereitet werden, auf dem sich die Einigung des gesamten sozialistischen Proletariats vollziehen könne. Breitscheid empfahl noch eine intensivere politische Aufklärungsarbeit und die Herausgabe geeigneter Literatur. Vor allem sei eine literarische Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse in Rußland auf Grund des Studiums an Ort und Stelle notwendig.

Es wurden eine große Reihe von

Anträgen an den Parteitag

angenommen. Es wurde beantragt, als ersten Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages ein Referat Däumigs über das Rätesystem zu setzen. Falls der Antrag abgelehnt werde, soll Däumig als Korreferent über die Aufgaben der Partei bestellt werden. Ferner wurde die Aufstellung eines Kommunalprogramms als besonderer Tagesordnungspunkt vorgeschlagen. Ein weiterer angenommener Antrag fordert ein neues Organisationsstatut. Der Parteitag soll ferner zum Ausdruck bringen, daß die Revolution nicht abgeschlossen sei, sondern die Sozialisierung schnellstens in Angriff zu nehmen sei. Weiter wurde protestiert gegen die Haltung der Vertreter, insbesondere des Genossen Kautsky in Bern. Das Proletariat hätte erwartet, daß alle imperialistischen Kriegskreditbewilliger entlarvt und der internationale Kongreß in ein Tribunal über die Schuldigen am Kriege und die Mörder Liebknechts und Luxemburgs verwandelt werden würde. Weitere Beschlüsse fordern die Herausgabe periodischer Informationen nach Art der früheren „Partei-Korrespondenz" und die Propaganda für die wirtschaftliche und politische Verständigung mit Rußland. Genossen, die anderen politischen Organisationen angehören, hätten sich aus der U. S. P. als ausgeschlossen zu betrachten. Ein weiterer Antrag lehnt die Landesverteidigung in der kapitalistischen Gesellschaft ab. Sie käme nur für die sozialistischen Arbeiter dann in Frage, wenn es gälte, eine sozialistische Freiheit und Herrschaft gegenüber den Angriffen kapitalistischer Mächte zu sichern und zu befestigen. Eine längere Resolution fordert die Förderung der Jugendbewegung.

Da gegen die in der vorigen Versammlung vorgenommene Wahl der Parteitagsdelegierten Proteste eingegangen sind, wurde beschlossen, die

Wahl der Delegierten zum Parteitag

nochmals vorzunehmen. Nach den neusten Feststellungen der Mitgliederzahl entfallen auf den Kreis 9 Delegierte. Es wurden gewählt: Däumig (168 Stimmen), Richard Müller (154), Frau Remitz (145), Künstler (112), Breitscheid (108), Freigang (107), Frau Böhm (88), E. Neumann-Adlershof (82) und Lachmund (79). Die Delegierten mußten vor der Wahl ihre Stellung zum Rätesystem darlegen. Dr. Broh, der ebenfalls als Kandidat vorgeschlagen wurde, erklärte, daß er für ein Rätesystem eintrete, welches nicht nur neben der Nationalversammlung bestehen dürfe, sondern die gesamte politische Gewalt ausübe. Dr. Broh blieb indessen mit 72 Stimmen in der Minderheit.

Es wurde noch beschlossen, daß auf dem Parteitage nur gewählte Delegierte Sitz und Stimme haben sollten.

Zum Punkt Kreisangelegenheiten wurde entgegen einem Protest des Neuköllner Vereins beschlossen, daß der in der vorigen Generalversammlung gewählte Kreisvorstand weiter fungieren solle. Lachmund berichtete über einen bedeutenden Aufschwung der Partei im ganzen Kreise. Er betonte die Notwendigkeit einer intensiven Bildungsarbeit und der Ausgestaltung der Jugendbewegung. Auf Antrag Treptow wurde beschlossen, eine Konferenz der neugewählten Gemeindevertreter des Kreises zu veranstalten. Die vorgeschlagene Wahl eines Bildungsausschusses wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schluß wurde noch eine Resolution angenommen, in der die Abgeordneten der U.S.P.D. in der Nationalversammlung ersucht werden, das sogenannte Verfahren gegen die Mörder Liebknechts und Luxemburgs zu brandmarken. Die Fraktion wird ferner beauftragt, eine Liga der Menschenrechte ins Leben zu rufen. Darauf wurde die Konferenz geschlossen. Sie war seit langer Zeit die erste Generalversammlung des Kreises, die einen ordnungsgemäßen und sachlich ergiebigen Verlauf genommen hat.

Groß-Berlin.

Wahlergebnis in Berlin.

Von 1 322 906 eingeschriebenen Wählern und Wählerinnen sind 798 254 gültige Stimmen abgegeben, und zwar für die

Liste Dr. Weyl (Unabhängige) . . .	263 450 Stimmen
Liste Dr. Heimann (Mehrheitssoz.) .	253 420 Stimmen
drei verbundenen Listen (Wege usw.) .	165 611 Stimmen
drei Dr. Schwahn	101 Stimmen

Danach kommen auf die Liste Dr. Weyl 47 Sitze, auf die Liste Heimann 46 Sitze, auf die drei verbundenen Listen 30 Sitze und auf die Liste Naumann (Deutsch-demokr. Partei) 21 Sitze. Die Liste Wege (Deutschnational) vereinigte 84 077 Stimmen, die Liste Riedel (Zentrum) 45 101 und die Liste Streiter (Deutsche Volkspartei) 36 488 Stimmen auf sich, so daß 16 Mandate für die Deutschnationalen, 8 Sitze für die Christl. Volkspartei (Ztr.) und 6 für die Deutsche Volkspartei herauskommen. Ungültige Stimmen wurden gegen 7760 abgegeben. Sollten von diesen ungültigen Stimmen eine größere Zahl für gültig erklärt werden, dann kann unter Umständen eine etwas geänderte Verteilung noch stattfinden, was aber einige Zeit erfordern dürfte.

Nach diesem amtlich mitgeteilten Ergebnis hätte unsere Partei 47 Sitze. Unsere Stimmenzahl hat sich weiter gesteigert. Wir sind also die stärkste Partei in Berlin und die stärkste Fraktion im Rathause.

Der Kampf um den „Vorwärts" vor Gericht.

Auch gestern standen 10 Teilnehmer der Vorwärts-Besatzung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I in Moabit, um sich wegen Aufruhr usw. zu verantworten. Sämtliche Angeklagte erklärten, nicht mit der Absicht in den Vorwärtsbetrieb hineingegangen zu sein, um mit Waffengewalt den Vorwärts gegen die Regierungstruppen zu verteidigen, da sie bis zum letzten Augenblick an eine Einigung der feindlichen Brüder glaubten und es nicht für möglich hielten, daß eine sozialdemokratische Regierung Kanonen und Minenwerfer gegen Arbeiter in Tätigkeit setzen würde. Ein Teil der Angeklagten war lediglich im technischen Betrieb des „Vorwärts" beschäftigt gewesen, während ein anderer Teil zugab, mit umgehängtem Gewehr Wachdienst verrichtet zu haben, um Plünderungen zu verhüten.

Der Staatsanwalt beantragte auch hier wieder mit zwei Ausnahmen über das Mindeststrafmaß von 6 Monaten hinauszugehen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld trat den Ausführungen des Staatsanwalts, betr. den rechtmäßigen Eigentümern des „Vorwärts" entgegen, indem er auf die Berliner Wahlen vom letzten Sonntag hinwies, die gezeigt haben, wer in Berlin die Mehrheitssozialisten sind. Vor der Aneignung des „Vorwärts" durch die Scheidemannpartei gab es in Berlin überhaupt keine Mehrheitssozialisten. Wenn das Gericht der Auffassung der Arbeiterschaft gerecht werden wollte, müsse es zur Freisprechung der Angeklagten kommen.

Anknüpfend an die Ausführungen des Strafrechtslehrers Professor Kahl auf der Nationalversammlung in Weimar ging der zweite Verteidiger Dr. Weinberg auf die Frage des Rechts der Revolution ein. Gibt es ein Recht auf Revolution, dann ist auch die Bewegung der Unabhängigen und von Spartakus gerechtfertigt. Diese hier zur Verhandlung stehenden Ereignisse gehören dann nicht vor den Strafrichter, sondern vor das Forum der Geschichte. Am 9. November haben sich jetzige Reichsminister genau so schuldig gemacht wie die heutigen Angeklagten.

Rechtsanwalt Liebknecht trat noch einmal der Darlegung des Staatsanwalts entgegen über die Vergewaltigung der Preßfreiheit durch die Angeklagten. Die Besetzung der Zeitungsbetriebe war kein Verstoß gegen die Preßfreiheit, sondern nur die natürliche Reaktion gegen den bewußten Mißbrauch der Preßfreiheit durch die Verbreitung von Lügennachrichten, namentlich über die auswärtige Lage, wie sie damals die bürgerliche Presse und mit ihr der „Vorwärts" betrieb.

Bevor sich der Gerichtshof zur Beratung zurückzog, trug der Angeklagte Kusch noch erschütternde Einzelheiten über die Mißhandlungen der wehrlosen Gefangenen auf dem Hof der Dragonerkaserne vor. So wurde z. B. Sanitätssoldaten, die sich um Schwerverwundete bemühten, das Verbandsmaterial fortgerissen und ihnen mit dem Gewehrkolben ins Gesicht geschlagen!

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Urteilsspruch: Das Verfahren gegen den Angeklagten Ernst Haberland wird vertagt, zur Feststellung seines Militärverhältnisses, Sokup und Vassiliere werden freigesprochen, Krüger und Schöbe erhalten je 9 Monate, Kusch 10 Monate, Walter und Wilke je 8 Monate, Schulze 1 Jahr und Schanze 6 Monate Gefängnis!

Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.

Nach einer Aufstellung des Demobilmachungsamtes beträgt die Erwerbslosenunterstützung für Verheiratete ohne Kinder in Stuttgart 9 M., in Bremen, Friedrichshafen, Gelsenkirchen, München, Königsberg und Frankfurt a. M. 8 M. Von da an sinken die Sätze bei Hannover auf 7 M., Erfurt 6,50 M., Halle 6,90 M., Stettin 6,50 M., Leipzig und Gotha 6 M., und weiter bis auf 8,25 M. Diejenigen Orte, die mehr als 7,50 M. zahlen, müssen auf Grund der Verfassung des Demobilmachungsamtes bis spätestens 1. April eine Herabsetzung der Unterstützungssätze vornehmen. In Groß-Berlin wurden bisher 9,50 M. gezahlt. Dieser Satz ermäßigt sich durch die am 1. März in Kraft tretenden vom Demobilmachungsamt vorgeschriebenen Höchstsätze auf 7,50 M. Dieser Betrag wird in Zukunft bei Verheirateten ohne Kinder (für jedes Kind kann 1 M. Zuschlag gezahlt werden) in ganz Deutschland die Höchstgrenze der Unterstützung bilden.

Mit diesen Sätzen kann natürlich niemand auf die Dauer existieren. Die Arbeitslosen verlangen deshalb Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit zu auskömmlichen Löhnen, Herabsetzung der Lebensmittelpreise und Bekämpfung des Schleichhandels.

Proteste der Arbeiterschaft.

Zu der Ermordung des Genossen Kurt Eisner nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gewehrfabrik Spandau in einer Betriebsversammlung auf dem Hofe der Fabrik Stellung. Nach den treffenden Ausführungen des Genossen P. Mielitz wurde folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Gewehrfabrik Spandau nehmen in tiefster Trauer, aber auch in höchster Erbitterung Kenntnis von der Ermordung des Genossen Kurt Eisner, dieses bewährten, allzeit getreuen Vorkämpfers des revolutionären Proletariats. Die Ermordung ist nach Ansicht der Versammelten provoziert durch die schmähliche Haltung und Vertuschungspolitik der Regierung bei der Untersuchung gegen die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Mörder dieser beiden unvergeßlichen Führer des Proletariats sind noch immer in Freiheit. Das Verfahren gegen sie wird durch das Kriegsgericht zu keinem Ergebnis führen. Frecher denn je erhebt, geduldet und gezüchtet von der Regierung Ebert-Scheidemann, die Reaktion ihr Haupt, als deren Opfer Kurt Eisner fiel, ermordet von einem Sprößling der Junkerkaste, deren Schützer die Regierung ist. Tief bedauerlich ist das Fallen weiterer Opfer als Folge dieses Meuchelmordes. Aber die Versammlung schiebt die Verantwortung auch für diese Opfer denen zu, die durch die Wiederaufrichtung des Militarismus und der Militärkaste diese Gewalttaten geradezu provozieren. Die Versammlung gelobt, nach dem Vorbilde Kurt Eisners allzeit getreu zur Sache des revolutionären Proletariats zu stehen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Proletariat zur Macht gelangt ist, und fordert als Protest gegen diesen Schurkenstreich und gegen das Vorgehen der Ordnungsbestien im Ruhrgebiet den Generalstreik über ganz Deutschland."

*

„Die Arbeiterschaft des Daimler-Werks protestiert auf das heftigste gegen die gegenrevolutionären Maßnahmen der Ebert-Scheidemann-Regierung. Insbesondere sieht sie in der brutalen Niederknüttelung der revolutionären Arbeiterschaft durch die weiße Garde, in vielen Orten Deutschlands, in der ganz ungerechtfertigten Verhaftung des Genossen Ledebour und vieler anderer Genossen, die schwerste Gefahr gegen die Errungenschaften des 9. November 1918. Die Verhaftung des Genossen Radek, des Vertreters der russischen Sowjet-Republik, ist nach Meinung der Betriebs-Versammlung als Bruch des internationalen Völkerrechts zu betrachten und geeignet, uns noch mehr als bisher den Haß der übrigen Nationen zuzuziehen, unter dem das deutsche Proletariat am schwersten zu leiden hat."

Als diese Resolution dem Obmann des Betriebes überreicht und von demselben vorgelesen wurde, da protestierte der Mehrheitssozialist Köhn aufs schärfste dagegen und forderte seine Anhänger auf mit ihm den Saal zu verlassen, weil politische Dinge nicht in einer Betriebsversammlung erörtert werden sollten. Ehe er und seine Getreuen, ca. 50 Personen, den Saal verließen, mußte er allerdings den Vorwurf aus der Versammlung sich gefallen lassen, daß er überhaupt kein Sozialist sei, weil er kein Gefühl für die Menschlichkeit hat. Die Resolution wurde nun von ca. 1500 Anwesenden einstimmig angenommen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlag „Die Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw., Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Getrennte Räume für Damen und Herren.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1

Zeitungsfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin:
Gierschner, Gitschiner Straße 93.
Schiffbauerdamm 19.
Heunig, Boxhagenerstraße 14.
Petersen, Flensburger Straße 24.
Henkel, Usedomstr. 18.
Niederschöneweide:
Schaffrantz, Sedanstraße 57.
Lichtenberg:
Engel, Holteistr. 28.
Charlottenburg:
Lorenz, Wallstr. 68.
Steglitz:
Wand, Albrechtstr. 4.

Sektkorke
gebraucht, Stück 20 Pfg.
Weinkorke
lange, Stück 4 Pfg. kauft Sperber, Zehdenickerstraße 13 (am Rosenth. Tor) Nord. 4803

Lichtenberg
Die Spedition Tasdorfer Straße 3 (Preuß) ist verlegt nach
Tasdorfer Straße 25

Schlafzimmer,
Speisezimmer, Küche, auch einzeln, verkauft billigst Möbel-Stern, Zehdenickerstr. 1

Wilmersdorf
Vom 1. März laufenden Jahres befindet sich unsere Spedition bei Dennecke, Gieselerstraße 23 (Laden). Dort werden Bestellungen entgegengenommen und Botenfrauen eingestellt.